

Die an jedem Wochentag Abend (mit dem Beginn des folgenden Tages) zur Ver- kundung gelangende unparteiische Zeitung „Sächsischer Landes-Anzeiger“ mit täglich einem Extra-Beiblatt:

Landes-Anzeiger.

Verbreitetes unparteiisches tägliches Lokalblatt.

Die Hauptblätter des „Sächs. Landes-Anzeiger“ erscheinen (ohne dessen Extra-Beiblätter) auch in einer billigeren Sonder-Ausgabe als: „Chemnitzer General-Anzeiger“ für Chemnitz monatlich 40 Pfg. frei ins Haus; außerhalb Chemnitz monatlich 50 Pfg. mit Postzinsen. Postzeitungspreisliste für 1890: Nr. 1307.

Der Sächs. Landes-Anzeiger ist eingetragen L. N. 1890 der Post-Bezirks-Verwaltung Nr. 2878.

Verlags-Anstalt: Alexander Wiede Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5. Fernsprech-Anschluss Nr. 126. Telegr.-Adr.: Landes-Anzeiger, Chemnitz.

Anzeigenpreis: Raum einer kleinen Corpusspalt 15 Pfg. — Bezugspreis Stelle (10 tägige Zeitungs) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Anzeigen Preisermäßigung. — Bei Bestellungen von Anzeigen wolle man den Einzahlungsbeitrag (in Reichsmark) beifügen (je 8 Ellen Corpusspalt bilden ca. 1 Zeile). — Anzeigen können nur bis Donnerstag angenommen werden, da Druck und Verbreitung der großen Ausgabe längere Zeit erfordert. Die Anzeigen haben ohne Preisauflage gleichzeitig Verbreitung durch den „Chemnitzer General-Anzeiger“ (billigere Sonder-Ausgabe der Hauptblätter des „Sächsischen Landes-Anzeiger“ ohne dessen tägliche Extra-Beiblätter).

Drahtnachrichten unseres Anzeigers.

Vom 22. Mai.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin werden am 22. Juni der Kaiser-Regatta in Gmünd beiwohnen. **Rom.** Hier verläutet, der Papst habe sich in seinem Briefe an den Prinz-Regenten Vitzthum über das Verbot bezüglich der Abhaltung des Katholikentages in München beklagt. Eine Antwort auf dieses Schreiben ist bis jetzt noch nicht erfolgt. **Paris.** Fast die gesamte hiesige Presse nimmt von der Broschüre des radikalen Deputierten Drehs, worin dieser Frankreich zum sofortigen Kriege gegen Deutschland auffordert, nicht die geringste Notiz. (Das Nähere siehe unter Frankreich. D. Red.) **Triest.** Bei der hiesigen Central-Landescasse ist ein gefällter Check mit 47,000 Bircs ausgezahlt worden.

Zur gegenwärtigen Lage.

Chemnitz, den 22. Mai.

Das Pfingstfest sieht in diesem Jahre noch stillere Tage, als in den vorangegangenen Jahren; wohl hat der Reichstag bis unmittelbar vor dem Feste gelangt, wohl sind in der deutschen Volkvertretung schwerwiegende und für die Nation bedeutsame Fragen erörtert worden, von deren Entscheidung für unsere Zukunft außerordentlich viel abhängt, aber der Wunsch nach Ruhe und Frieden löste auch aus den meisten Parlamentarierkreisen die Hoffnung, so daß das deutsche Volk seinen Anlauf hat, zu Pfingsten sich irgend welchen Sorgen hinzugeben. Die beiden großen Vorlagen im gegenwärtigen Reichstage, welche vor Allem die Aufmerksamkeit auf sich lenken, die Vermehrung der Friedensstärke der Armee und das Arbeiterwahlrecht haben im Reichstage mehrtägige Beratungen erfordert, an welche sich noch längere Verhandlungen in den bezüglichen Commissionen anschließen werden. Aus dem Für und Wider wird das Richtige hervorgehen und werden damit zwei neue, feste Volkswerte zur Wahrung des äußeren und inneren Friedens geschaffen werden. Wir wissen allerdings zu gut, daß es hier, wie da nicht an geheimen und offenen Berufen fehlen wird, wider den Frieden Sturm zu fanen. Wir können auch dem mit Ruhe entgegensehen. Was sich Feind des äußeren und des inneren Friedens nennt, handelt nicht mit klarem Kopfe und ruhiger Ueberlegung; Leidenschaftlichkeit und Ueberreizung spornen diese Elemente zu Schritten an, die vor dem nächsten Menschheitsvertrage nicht bestehen können, und die darum vor der ruhigen, aber festen Kraft wirkungslos zerfallen. Deutschland hat die Macht und hat auch die Kraft, und sein Kaiser versteht es, sie anzuwenden. Das ist die Lage heute, eine sehr befriedigende, die noch besser sich gestalten wird, wenn nur erst die Nachwirkungen der Unruhen sich verzogen haben, welche nicht Deutschland allein, sondern ganz Europa bewegen.

Die deutsche Reichsregierung, das deutsche Volk, der deutsche Kaiser, sie alle haben nicht nur einmal, sondern wieder und wieder feste und klare Versicherungen gegeben, daß Deutschland nie und nimmer an einen Kriegszustand denkt, höchstens sich verteidigen will, wenn es angegriffen wird. So bestimmte Versicherungen sind von keinem unserer Nachbarstaaten erfolgt, und das ist zu bedauern; wäre es der Fall gewesen, das Capital „Vermehrung der Soldaten“ wäre längst zum Abschluß gebracht worden. Statt dessen ist heute der Entschluß hingestellt, daß die Nation, welche heute den Frieden begehrt, auch dafür zu zahlen müssen, wie sie ein Volk zuvor. Der Friedensbrecher wird nicht allein besiegt werden, es wird auch seine politische und wirtschaftliche Vernichtung erfolgen. Deutschland hat in der auswärtigen Politik die vornehmende Hand ausgeübt, ohne daß sie ergriffen worden wäre. Man wird wiederum eine Hand zur Verführung geboten, und diesmal gilt es dem inneren Frieden. Nach den Gesetzen über die Altersversicherung, die Krankenversicherung, die Invalidenversicherung folgt der Arbeiterwahlrecht, der in Zukunft, wenn auch im Auslande gleiche Schritte vorliegen, noch weiter ausgedehnt werden soll, es wird auch die Beilegung des Gesetzes folgen, welches umstritten gewesen ist, wie kein anderes, des Socialistengesetzes. Es fehlt heute nicht an Stimmen, welche meinen, zu viel Entgegenkommen einer gemäßigten Richtung gegenüber werde als Schwäche angesehen werden! Aber das ist doch nicht zu befürchten, alle Welt weiß, welche Macht Deutschland hat, und die deutschen Landesländer wissen es am besten. Es war ein arger Sturm, der durch unser Deutsches Vaterland gerannt ist, aber er hat bisher keine Grundvesten nicht erschüttern können, und in Zukunft wird es nicht anders sein. Im Gegentheil, heute regt sich bereits auch im Inneren der Wunsch nach Frieden, und die zur Verführung angelegte Hand ist von Vielen erfasst worden, die eingeschlagen haben, daß es besser geworden ist. Noch mehr aber werden sich Jene anschließen, wenn kein Stillstand auf dem betretenen Wege erfolgt, und der wird nicht eintreten, der Stein ist im Rollen und nicht aufzuhalten. Aber können wir wollen, daß er zu schnell sich fortbewege, daß an kein Aufhalten zu denken ist, wäen die Beschleunigung droht? Nein! Angenehmer, stetiger Fortschritt durch treue Arbeit im ganzen Reiche, das brauchen wir, und sind wir so weit, dann bleibt auch der Segen nicht aus.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 22. Mai.

Deutsches Reich. Kaiser Wilhelm hat in Königsberg in Preußen wiederholt sehr entschieden sein warmes Interesse für die Landwirthschaft betont. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Monarch damit hat sagen wollen, die veränderten Verhältnisse werden einer Aenderung der landwirthschaftlichen Gesetzgebung nicht zustimmen. Uebrigens wird der Bundesrath wohl vorläufig nicht in die Lage kommen, sich mit einer solchen Forderung des Reichstages

zu befassen, denn derselbe weiß bekanntlich heute eine underrückbare Mehrheit zu Gunsten der Kornzölle auf.

Der Rücktritt des preussischen Finanzministers von Scholz wird entweder noch vor, oder sonst gleich nach Pfingsten erfolgen. Eine persönliche Differenz hat zu dem Rücktrittsgedanken des Ministers keinen Anlaß gegeben. Herr von Scholz ist längst seines Amtes müde, da seine Gesundheit sehr erschüttert ist. Wenn er nicht schon früher gegangen, so lag das daran, daß es an einem geeigneten Nachfolger fehlte; jetzt scheint Herr Miquel bereit zu sein, den nicht leichten Ministerposten zu übernehmen.

In diesen Tagen wurde mitgetheilt, es habe ein eifriger Schriftwechsel zwischen dem alten und dem neuen Reichskanzler stattgefunden. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist kein Wort davon wahr. Ueber eine Audienz, welche am Dienstag die elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten, Dr. Petri und Baron Hugo von von Balaß, beim Reichskanzler von Caprivi hatten, berichten Straßburger Blätter: Die Herren wurden sehr freundlich aufgenommen. Die von ihnen nachgesuchte Unterredung bezog sich vorwiegend auf die Passverordnung, welche seit längerer Zeit den Gegenstand des lebhaftesten Interesses aller deutschfreundlichen Elemente im Reichstage bildet. Die verlaute, erklärte Herr von Caprivi, das einer gütlichen Aufhebung der Verordnung Gründe auf internationalen Gebiete entgegenständen, daß dagegen die mildere Handhabung der Passvorschrift, wie sie in neuerer Zeit vielfach bemerkbar geworden ist, auch in Zukunft gelte werde, und man darf daran wohl die zuversichtliche Erwartung knüpfen, daß weitere Widerungen folgerichtig nicht ausbleiben werden.

Aus der Militärcommission des Reichstages. Kriegsminister von Verdy legte am Mittwoch die Grundzüge dar, nach welchen künftig unsere Armee sich entwickeln soll. Sie beruhen darauf, den Spüren zu folgen, welche unsere Nachbarn von rechts und links vorgeichnen. Das Budget sei die systematische Durchführung der allgemeinen Wehpflicht; dadurch werde die Armee verjüngt, so daß im gegebenen Moment die letzten Jahrgänge nicht einberufen zu werden bräuchten. Abg. Richter (fr.) betonte, diese weiteren Pläne würden so kostlose Summen kosten, daß es vielleicht besser sei, schon die jetzige Militärvorlage abzulehnen. Kriegsminister von Verdy antwortete, die gegenwärtigen Forderungen seien hinreichend durch die Maßnahmen unserer Nachbarn gerechtfertigt. Abg. Windthorst fragte, wor denn aber die kostlosen Soldatenmassen schließlich erhalten solle. Alle Welt wisse, daß im Herbst schon wieder neue Militärforderungen kommen würden. Das Volk rede schon von Hundertert Millionen. Sei das wahr? Staatssekretär von Waldow erklärte, im Schooße der Regierung sei nur die Deckung der gegenwärtigen Forderungen erdeter, aber keine neuen Forderungen. Der Kriegsminister fährt aus, wir seien gezwungen, den Armeeverstärkungen unserer Nachbarn Rechnung zu tragen. Ob und welche neuen Forderungen kommen würden, könne er heute selbst nicht sagen. Graf Stolberg-Wernigerode constatirte, daß die Annahme der jetzigen Vorlage keine Verpflichtung für die Zukunft in sich schließe. Abg. Frey von Hane (Chr.) wies für diese Vorlage stimmen, weitere Forderungen müßten aber selbst einem alten Officier schwer berühren. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit werde sich nicht vermeiden lassen. Abg. Richter (fr.) spricht für zweijährige Dienstzeit und jährliche Beibehaltung der Friedensstärke. Oberst von Haldenstein ist gegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch Befehl. Nur wirklich tüchtige Leute könnten mit zwei Jahren entlassen werden. Die Ausbildung müßte gründlich sein. Ein Reservum sei es auch, als ob eine juristische tüchtige Schulpflicht von besonderem Einflusse auf die Ausbildung des Soldaten sei. Das ganze deutsche Bundesheer sei nicht so viel werth, als ein Tag Landwehrübung. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch Befehl sei schlechthin heute unmöglich. Sollte sie möglich werden, so werde die Militärverwaltung sofort dazu übergehen. Hierauf vertagte sich die Commission bis zum 6. Juni.

Ueber Vorgänge innerhalb der freisinnigen Partei berichten die freisinnigen Berliner Zeitungen übereinstimmend: „Zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses der Partei ist der Abg. Schärer (bisher Eugen Richter) und zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Abg. Balle (bisher Richter) gewählt. In den beiden Wahlen kam es fast zur Unstimmigkeit, die persönlichen Gegensätze, welche sich seit einiger Zeit in der freisinnigen Partei herausgebildet haben, dadurch zurückzuführen, daß die Geschäftsleitung in die Hände von Parteigenossen gelangt wird, deren Vergangenheit und deren Unabhängigkeit von einzelnen Parteiführern eine Gewähr dafür bietet, daß sich an ihre Namen keine einseitigen Parteibeziehungen knüpfen.“

Der preussische Landtagsabgeordnete von Schenkendorf hat dem Minister des Innern eine Uebersticht der in den verschiedenen Regierungsbezirken getroffenen Einrichtungen zur Förderung des erziehlischen Handfertigkeitsunterrichts für Knaben mit dem Antrage eingereicht, dieselbe den Behörden mitzutheilen. Der Minister hat den Regierungspräsidenten darauf anempfohlen, für die weitere Verbreitung dieses Unterrichts zu wirken.

Die Gewerbecommission des Reichstages hat die beiden ersten Abschnitte des Schiedsgerichtsgesetzes genehmigt und sich dann bis 3. Juni vertagt. — Der Abg. Nebel war an einem Darmkatarrh recht bedenklich erkrankt, befindet sich jetzt aber wieder auf dem Wege zur Besserung.

Die Cartelparteien im preussischen Abgeordnetenhause haben sich über eine Aenderung der Sperrgeldvorsorge geeinigt. Mit derselben, welche die Verwendung der vom Staate den preussischen Bischöfen zu zahlenden Renten betrifft, wird die Vorlage wahrscheinlich angenommen werden.

Preussisches Abgeordnetenhause. 64. Sitzung vom 21. Mai. Zunächst wurde der Nachtragetat im Ganzen angenommen; andertweiliger Regelung ihres Einkommens der Regierung überwiesen. Der Gesetzentwurf betr. die Entschädigung für ein Mißvergehen gefallener Thiere wurde in dritter Lesung angenommen, ebenso der Entwurf betr. die Verpflichtung der Landgemeinden in der Rheinprovinz zum Bauhalten. Darauf wurden Petitionen erledigt. Eine Petition der Subalternbeamten bei den Local-Justizbehörden betr. die Auf-

besserung ihrer Verhältnisse wird der Regierung zur Erwägung überwiesen. Ueber eine Petition von Familienvätern aus dem Ermlande betr. die Schließung der Mädchenpensionate bei der Congregation der Katharinerinnen geht das Haus zur Tagesordnung über. Director Dr. Schauenburg in Krefeld hat eine Petition eingereicht betr. die Berechtigung der Realschul-Abiturienten der Real-Gymnasien zu allen Studien und Staatsprüfungen. Die Petitionscommission beantragt, dies Gesuch der Regierung zur Veranlassung zu überweisen. Angenommen wird ein Antrag Kropatschke, die Petition der Regierung als Material zu Erhebungen über diese Frage zu überweisen. Nach Erledigung einer Localpetition aus Falkenburg in Bommern vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Keine Vorlagen und Petitionen.)

Oesterreich-Ungarn. Ein Zug Infanterie wurde von streikenden Bergarbeitern im Pilsener Revier mit Steinen und Knütteln angegriffen. Alle Warnungen halfen nichts, und die Infanterie feuerte nun scharf. 12 Arbeiter sind getödtet, 35 verwundet. Am Mittwoch kamen neue Tumulte vor. Das Militär griff abermals ein. — In einem bedauerlichen Kremler Freiarbeiter-Verbande ist es auch in Frankfurt bei Nürnberg in Böhmen gekommen. Das Militär schoß scharf. Fünf Arbeiter wurden getödtet, mehrere verwundet.

Frankreich. Die Kammercommission hat ein scharfes Gesetz über den Rinderstich beschlossen. — Der französische Militärattaché Due in Berlin soll abberufen werden. — Unter dem Titel: „Der notwendige Krieg“ veröffentlicht der als sehr eccentric bekannte französische Abg. Dreyfus eine Broschüre, in welcher er die Regierung auffordert, sofort an das Deutsche Reich den Krieg zu erklären. Er sagt, heute sei Frankreich Deutschland noch etwas überlegen, sowie der russischen Bundesgenossenschaft sicher. (1) Einmal müßte der Krieg doch kommen, denn dauernd seien die Waffen nicht auszuhalten, also sei es am Besten, sofort loszuschlagen. Nur wenige Pariser Zeitungen billigen schweigend diese verrückte Sprache; die meisten Blätter warnen davor, den Teufel an die Wand zu malen. Dreyfus hat keine politische Bedeutung.

Belgien. Der internationale Bergmannstag in Jolimont in Belgien, welcher von 130 Abgeordneten besucht ist, zählte darunter nur fünf deutsche Vertreter. Die Veranstalter des Congresses haben keinen geringeren Endplan, als alle Vorbereitungen zu treffen, um in allen europäischen Kohlenländern an einem Tage einen großen Streik ausbrechen zu lassen.

Schweiz. In Bern werden die neu eröffneten Verhandlungen über den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag sehr flott geführt, und ist nicht zu bezweifeln, daß eine Einigung erzielt wird. Die deutschen Forderungen werden in den wichtigsten Punkten zugestanden, doch soll eine ruhige Anwendung erfolgen. — Die Schweiz plant eine Aenderung der bisherigen Volksabstimmungen.

Rußland. Die Panstammisten in Petersburg haben einen Erfolg zu verzeichnen. Der vor mehreren Jahren cassirte berühmte General Tschernajew ist wieder in die active Armee aufgenommen und zum Mitglied des Kriegsrathes ernannt. — Die russische Petersburger Zeitung widmete dieser Tage einen längeren Artikel der sogenannten Patriotischen Flotte Russlands, welche seiner Zeit begehrt wurde, um in Kriegzeiten den Kreuzerdienst zwischen den einzelnen russischen Häfen zu versehen und im Frieden in die Ausdehnung der russischen Handelsbeziehungen zu unterstützen. Das Blatt erzählt, daß diese hochpatriotische Unternehmung die in dasselbe gesetzten Erwartungen nur in sehr geringem Maße erfüllt habe. Die ganze Flotte bestche heute nur aus sechs Schiffen, von denen nur ein einziges die heutzutage erforderliche Geschwindigkeit besitze. Heute werde der gesamte Handelsverkehr der russischen Häfen am Schwarzen Meere durch deutsche und englische Schiffe vermittelt, welche jährlich damit Hunderttausende von Rubeln verdienen. Dieser ganze Transport müßte künftig von den nationalen russischen Schiffen besorgt werden, was dadurch zu erreichen sei, daß man die Vermehrung und Verbesserung der patriotischen Flotte ernsthaft in die Hand nehme. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß das genannte Blatt durch diese Anschuldigungen einem in weiten und einflussreichen Kreisen gehegten Wunsch Ausdruck gegeben hat.

England. Der Geburtstag der Königin Victoria wurde am Mittwoch unter großer Theilnahme begangen. Aus diesem Anlaß wurden die Generale Simmons und Haines zu Feldmarschällen ernannt. — Der Colonialdirector Anderson kehrt nach Pfingsten zur Fortsetzung der Grenzverhandlungen nach Berlin zurück. Im Parlament soll eine bündige Darlegung hierüber verlangt werden.

Chemnitzer Stadt-Anzeiger.

Die Freunde unserer Blätter werden ersucht, uns wichtige Angelegenheiten gütlich mitzutheilen.

Chemnitz, 22. Mai 1890.

* Ein Schwindler. Vor einigen Tagen erschien in der Wohnung eines hiesigen Arbeiters in dessen Abwesenheit ein unbekannter Mann, übergab der Ehefrau desselben ein Buch, mit dem Bemerken, ihr Ehemann habe es bei ihm bestellt, es koste 75 Pfg. Die Frau übergab ihm ausnahmslos das Geld, erfuhr jedoch bei der Rückkehr ihres Mannes, daß dieser kein Buch bestellt habe. Jedemfalls hat der Betrüger das Buch auch gestohlen.

* Mißgeschick. In einer Maschinenfabrik wurde gestern einem Arbeiter an der Drehbank der linke Daumen zerquetscht, in Folge dessen derselbe längere Zeit nicht arbeitsfähig sein wird.

* Ein nächtlicher Ruhestörer. In der Nacht des 16. Mai wurde in der Linienstraße dadurch erheblicher Lärm verursacht, daß ein Mann in ein Haus eindringen und als er dasselbe verlassen fand, die Hausthüre aufsprengen wollte, wobei er die Maschinisten einschlug. Da demselben Niemand öffnete, entfremdete er sich schließlich. In dem Ruhestörer wurde ein Schlosser ermittelt, welcher an genanntem Abend ein in dem betreffenden Hause wohnendes Mädchen, mit dem er Tags zuvor in Streit gerathen war, aufsuchen und mit ihr wiederum Streit anfangen wollte.

Verantwortlich für Politisches, Deutsches und Fremdenlandisches: Julius Tschick; für Sächsisches: Franz Schöge; für den gerichtlichen Theil: G. Krenn; für den Inseratenthail: der Verleger Alexander Wiede; händlich in Chemnitz. (Für nicht erstens Zusendungen sind Verlag und Redaktion nicht verantwortlich.)